

Wollen Sie höhere Steuern...

... und höhere Parkgebühren?

Am 27.1.09 verabschiedete der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug (Stadtparlament) das neue Parkgebührenreglement.

Mit dem neuen Parkgebührenreglement wird der Stadtrat verpflichtet, für sämtliche städtischen Parkplätze Gebühren zu verlangen (z. B. Schöneegg, Blaue Zonen). So steht es in § 1 Abs. 2 des Reglements. Gratisparkplätze wie heute wird es nicht mehr geben. Im weiteren wird der Stadtrat ermächtigt, ohne Mitsprache des Parlamentes oder des Stimmvolkes die Parkgebühren zu vervierfachen. Erfahrungsgemäss tun die Regierungen das, wozu sie ermächtigt sind, schnell. So kann der Stadtrat die Gebühr für eine halbe Stunde von heute 50 Rappen auf zwei Franken erhöhen, ohne das Volk oder den GGR zu fragen (§ 6 des Reglements). Die Nachtparkiergebühr (Parkieren auf öffentlichem Grund in der Nacht) wird von heute 25 Fr. auf bis 40 Fr. erhöht.

Referendum der SVP

Der Grosse Gemeinderat hat diese Gebührenerhöhung mit den Stimmen der Linken, der CVP und der FDP beschlossen. Nur die SVP hat sich gewehrt, ist aber unterlegen. Daher hat die SVP das Volksreferendum ergriffen und sammelt zurzeit Unterschriften dafür. Die Frist



Bild: ZW-Archiv
Dr. Manuel Brandenburg, Präsident SVP Stadt Zug.

für die Unterschriftensammlung läuft am 2. März 2009 ab. Wenn Sie in der Stadt Zug Wohnsitz haben und stimmberechtigt sind, unterschreiben auch Sie den Referendumsbogen «Nein zur Erhöhung der Parkgebühren» in dieser Zeitung (Seite) und schicken Sie ihn bis spätestens am 26. Februar 2009 (A-Post) an die SVP Stadt Zug, Postfach 702, 6300 Zug. Wir danken Ihnen dafür.

Höhere Steuern?

Höhere Gebühren sind das eine, höhere Steuern das andere. In Zü-

rich haben die Stimmbürger beschlossen, die Pauschalbesteuerung von Ausländern, die in der Schweiz keine Geschäftstätigkeit ausüben, abzuschaffen. Ausländer, die dieser Pauschalbesteuerung unterliegen, zahlen immer noch ein Vielfaches an Steuern von dem, was der durchschnittliche SP-Politiker oder Alternative an den Staat abliefern. Die Linken und Alternativen haben für unseren Kanton ähnliche Vorstösse im Parlament angekündigt. Einmal mehr sägen die Linken auf dem Ast, auf dem sie sitzen. Der permanente, letztlich von Neid gegen Wohlhabende getragene Kampf der Linken gegen den Steuer- und Wirtschaftsstandort Zug führt nicht zu dem, was die Linken vorgeben zu glauben, nämlich zu einer gerechteren Welt, sondern dazu, dass Arbeitsplätze und Firmen Zug den Rücken kehren und ihre Zelte woanders aufbauen. Im übrigen lebt nicht nur das klassische Feindbild der Alternativen, der Zuger Wirtschaftsanwalt und Treuhänder, von den attraktiven Steuerbedingungen in Zug, sondern auch grosse Firmen und Konzerne mit vielen Zuger Arbeitsplätzen. Die Welt wird durch die alternative Politik nicht gerechter, sondern Zug und die Schweiz werden ärmer.

Manuel Brandenburg, SVP Stadt Zug

Keine Steuerprivilegien...

...für reiche Zuzüger

Die SP reicht seit Jahren in verschiedenen Kantonen und auf nationaler Ebene Vorstösse gegen die Bevorzugung von reichen Zuzüger ein.

«Ich fühle mich als Schweizer Steuerzahler versohlt, wenn diese Krösusse so günstig wegkommen.» Das sagte kurz vor der Stadtzürcher Abstimmung vom 8. Februar einer, der bestimmt nicht wenig Steuern bezahlt: Denner-Chef Philippe Gaydoul drückte damit sein Missfallen über ausländische Pauschalbesteuerte aus.

Pauschalbesteuerung

Pauschal besteuert werden reiche Zuzüger, die in den letzten zehn Jahren in der Schweiz nicht erwerbstätig waren. Ihre Besteuerung erfolgt nicht auf der Basis ihrer tatsächlichen Einkommen und Vermögen, sondern auf Grund des Lebensaufwands. Dabei wird etwa mit dem läppischen Fünffachen der Wohnkosten gerechnet. Damit widerspricht die Pauschalbesteuerung fundamentalen Grundsätzen der Steuererechtigkeit. Die SP reicht deshalb seit Jahren in verschiedenen Kantonen und auf nationaler Ebene Vorstösse gegen diese Praxis ein. Dazu gehört auch eine SP-Inter-



Bild: ZW-Archiv
Barbara Gysel, SP Kantonsrätin und SP Präsidentin des Kantons Zug

pellation im Zuger Kantonsrat von 2007.

Zuger SP reichte Postulat ein

Nun hat die Stadt Zürich die Pauschalbesteuerung abgeschafft. Dieser Entscheid hat Signalwirkung. So hat die Zuger SP ein Postulat eingereicht, in dem sie die Abschaffung auch im Kanton Zug fordert. Der Kanton St. Gallen lancierte schon im vergangenen Jahr eine Ständeinitiative gegen die Pauschalsteuer. SP und Grüne planen eine solche auch im Kanton

Bern. Es geht nicht nur um Steuerpolitik, sondern auch um Gerechtigkeit im Zusammenleben. Für benachteiligte Gruppen wie Behinderte, Frauen in manchen Berufen oder unterprivilegierte Migranten braucht es manchmal eine bewusste Bevorzugung, um echte Gleichberechtigung zu erreichen. Das gilt aber nicht für sowieso schon privilegierte, schwerreiche ausländische Steuerflüchtlinge: Sie werden mit der Pauschalsteuer völlig unnötig bevorzugt. Und die einheimischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – ob arm oder reich – werden ihnen gegenüber recht eigentlich diskriminiert!

Wir können verzichten

Im Kanton Zug fällt die Besteuerung nach dem Aufwand nicht sehr ins Gewicht. Zwar hat sich die Zahl der Pauschalsteuerpflichtigen zwischen 2002 bis 2006 beinahe verdoppelt, so dass es im 2006 schliesslich 78 Personen waren. Das sind aber weit weniger als beispielsweise in der Waadt, wo im Jahr 2005 bereits 1192 Pauschalbesteuerte lebten. Gerade in Zug können wir deshalb gut auf dieses fragwürdige Mittel verzichten. Schaffen auch wir die ungerechte Pauschalbesteuerung ab!

Barbara Gysel, SP Zug

Lesermeinungen

Ausbau im Chlösterli!? Warum nicht im St. Anna?

Falls der GGR der Stadt Zug am 13. März 2009 dem Projekt zustimmt, darf die Einwohnergemeinde Unterägeri in einem genau definierten finanziellen und zeitlichen Rahmen 20 Pflegebetten für die Stadt Zug bereitstellen. Dies würde bedeuten, dass an das bestehende Gebäude westwärts ein Anbau erstellt werden müsste. Aufgrund dieser vertrauensvollen Anfrage darf die Bevölkerung von Unterägeri mit Freude zur Kenntnis nehmen, dass der Stiftungsrat Chlösterli seine Hausaufgaben gemacht hat. Man darf nun aber ruhig auch die Frage stellen, ob die Anfrage der Stadt Zug für die Realisierung von 20 zusätzlichen Pfl-

gebetten wirklich im Chlösterli verwirklicht werden soll. Mit der Ablehnung des Bebauungsplanes St. Anna Ende November könnte sich hier eine Lösung anbieten, die den Fortbestand des St. Annas längerfristig sichern könnte. Wir bitten deshalb die zuständigen Stellen, vorab die Stiftungsräte der Stiftungen Chlösterli und St. Anna aber auch den Gemeinderat Unterägeri, diese verheissungsvolle Option mit der Stadt Zug sorgfältig und umfassend zu prüfen und die Bevölkerung von Unterägeri umgehend über Vor- und Nachteile des besten Standortes fundiert zu informieren.

Alois Iten-Treinies, Bernard Robadey, Josef Odermatt

UBS: Uneinsicht schafft kein Vertrauen

Der Preis der freien Marktwirtschaft ist gegebenenfalls der Firmenkonkurs, auch wenn er durch widrige Umstände hervorgerufen wird. Das gilt jedenfalls bei kleinen und mittleren Firmen der Realwirtschaft. Allenfalls wird ein Konkurs verhindert, wenn sich Firmeninhaber durch Einschiessen von Kapital und die Belegschaft durch Gehaltsreduktion bereit erklären, Opfer zu bringen. Ohne Staatshilfe wäre die UBS Konkurs gegangen. Warum hat man nicht vor der Hilfe, um die Bank und Arbeitsplätze zu retten, wie bei Firmen der Realwirtschaft Opfer vereinbart? Dies umso mehr als Aktionäre und Personal durch dubiose Spekulationsgeschäfte, welche zur Weltkrise und Belastung der Steuerzahler führten, jahrelang unverschämte Riesengewinne und – Boni eingestrichen haben.

Da die Löhne bei der UBS z.T. mehr als doppelt so hoch sind wie im Realwirtschafts-Sektor, ist es beschämend, dass das UBS-Personal nicht wenigstens auf die Boni des vergangenen Jahres verzichtet wie es etwa Thomas Minder fordert, oder nicht von mehr Bankmanagern und Angestellten Rückzahlungen erfolgen, wie es der Buchautor René Zayer in der letzten Arena als angemessen bezeichnete. Die sogar professorale Verteidigung von hohen Löhnen und Boni aus juristischen Gründen ohne angesichts der verursachten Riesenverluste an die Freiwilligkeit zu appellieren, unterstützt die offenbar noch herrschende, kein Vertrauen erweckende Giermentalität. Besonders stossend ist, dass auch ohne rechtliche Verpflichtung Boni ausbezahlt werden sollen.

Emil Rahm, Hallau

Risch machte die Rechnung ohne den Wirt

Anlässlich einer Beschwerde gegen den Gemeinderat Risch, hat der Regierungsrat am 27. Jan. die Rischer Jahresrechnung 2007 nicht genehmigt und zurückgewiesen und den entsprechenden Gemeindeversammlungsbeschluss annulliert. Er spricht in seinem Urteil denn auch von «Missstand in der Gemeindeverwaltung», von «Verletzung materiellen Rechtes», wie auch von «erheblichen Mängeln im Sinne der Gemeindegesetze». Was war geschehen? In der Jahresrechnung 07 war beiläufig erwähnt, dass ein Grundstück im Wert von Fr. 3,6 Mio. vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen verschoben wurde. Doch wie bei vielen Dingen in dieser Gemeindeverwaltung kennt man die einfachsten Gesetze nicht, denn die Ausgabenkompetenz wurde massiv überschritten. Es dürfen nämlich lediglich Fr. 100'000.– ausgegeben werden, ohne den gemeinen Bürger um Erlaubnis zu fragen. Man hatte jedoch 3,6 Millionen Franken auf den Putz gehauen. Hinzu kommt, dass Liegenschaften die im Verwaltungs-

vermögen geführt werden jährlich abzuschreiben sind, zzgl. des Pro-Memoria-Wertes der Gebäude. Somit hätte der fraglichen Jahresrechnung rund Fr. 119'000.– belastet werden müssen, doch es wurden nur rund Fr. 22'000.– gebucht. Ganz nach dem Motto aller guter Dinge sind drei, legte der Vorsteher der Finanzabteilung, Gemeinderat Peter Hausherr, noch einen drauf und liess diese Abschreibung auch noch auf zwei gegensätzliche Grundstücke verteilen, was gemäss Regierungsrat nicht zulässig ist. Weshalb Rechnungsführer Galliker auf persönliche Anfrage hin, wie auch sein Chef Hausherr von «gängiger Praxis» spricht, ist nicht nachzuvollziehen. Und genau das ist das Problem in Risch. Da herrschen in der Verwaltung wie auch im Gemeinderat Zu- und Umstände die anderenorts nicht mal ansatzweise denkbar wären. Daher verwundert es auch nicht, dass in dieser Gemeinde immer wieder abgefahrene Dinge möglich sind, die dann aus dem Ruder laufen.

Ferdi Brunner, Rotkreuz

★ **Die Zuger Woche wünscht allen eine schöne, freudige und friedliche Fasnachtszeit 2009!**

Senden Sie Leserbriefe an: redaktion@zugerwoche.ch